

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 21.02.2017

Ministerpräsident Stephan Weil muss das Verhältnis der Landesregierung zu DITIB klären

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Niedersachsen ist Heimat für Bürgerinnen und Bürger aller Konfessionen und Glaubensrichtungen. Dazu zählen auch die hier lebenden Muslime, die am gesellschaftlichen Leben teilhaben und in zahlreichen Gremien und Beiräten vertreten sind.

Um diese Beteiligung wahrnehmen zu können, ist es erforderlich, dass es legitimierte Interessenvertreter auf Seiten der muslimischen Bevölkerung gibt. Ein Teil der niedersächsischen Muslime ist in Verbänden organisiert, die gegenüber den jeweiligen Landesregierungen seit mehreren Jahren als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Es ist selbstverständlich, dass diese Interessenvertreter der niedersächsischen Muslime frei vom Einfluss ausländischer Regierungen agieren können müssen.

Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hatte nach langem Zögern im Januar 2017 die Verhandlungen mit den muslimischen Verbänden über einen gemeinsamen Vertrag abgebrochen. Er hat dabei u. a. auf die Frage der ungeklärten Abhängigkeit von DITIB von der Türkei verwiesen und eine „Klärung innerhalb des DITIB-Verbands über die Unabhängigkeit des Verbandes“ angemahnt.

Die Spitzel-Vorwürfe gegen Imame des türkischen Verbands DITIB und der starke Einfluss der türkischen Religionsbehörde „Diyanet“ haben seitdem die Zweifel hinsichtlich einer zu starken Abhängigkeit des DITIB-Landesverbands Niedersachsen und Bremen e. V. vom türkischen Staat noch weiter verstärkt. Die Landesregierung muss nun endlich ihre Position gegenüber DITIB klären und tätig werden.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. sicherzustellen, dass in den Organen und Gremien, in denen die Landesregierung Vertreter benennt, kein Mitglied der muslimischen Verbände vertreten ist, das von der türkischen Regierung und der „Diyanet“ gesteuert wird,
2. kurzfristig eine rechtsverbindliche Erklärung von DITIB zu verlangen, dass deren Vertreter insbesondere in den schulischen Beiräten keine Spitzeltätigkeit für die türkische Regierung ausüben,
3. den DITIB-Landesverband Niedersachsen und Bremen e. V. aufzufordern, sich unabhängig von der türkischen Regierung zu organisieren,
4. sicherzustellen, dass kein Mitglied der Landesregierung durch Indiskretionen die Sicherheitsbehörden bei der Aufdeckung von Spitzeltätigkeiten zugunsten der türkischen Regierung behindert.

Begründung

Die Landesregierung hat die Verhandlungen mit den muslimischen Verbänden über einen Vertrag gestoppt. Ministerpräsident Weil benannte die Staatsferne von DITIB in Niedersachsen als unabdingbare Voraussetzung für die weitere Zusammenarbeit.

Spitzel-Vorwürfe gegen DITIB-Imame haben in den ersten Wochen des Jahres 2017 Zweifel daran verstärkt, dass DITIB eine ausreichende Ferne vom türkischen Staat aufweist.

Björn Thümmler
Fraktionsvorsitzender